

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 24) 21 90 36/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB
zu den Veränderungen in der
Sowjetunion und unserer
Wahrnehmung: Sehen wir nur,
was wir wollen?

Seite 1

Hans-Günther Toastemeyer
MdB zur Afrika-Reise des
Bundeskanzlers: Kein Beitrag
zur Lösung der Probleme,

Seite 4

Dokumentation:

Der Berliner SPD-Landesvor-
sitzende Walter Momper zog
nach einem Jahr Amtszeit
eine positive Zwischenbilanz:
Berliner SPD wieder kam-
pagnefähig.

Seite 5

42. Jahrgang / 224

24. November 1987

Sehen wir nur, was wir wollen?

Zu den Veränderungen in der Sowjetunion und unserer Wahrnehmung

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die Veränderungen in der Sowjetunion geben uns Rätsel auf. Vieles kommt unerwartet, zumindest unerwartet schnell. Bisherige Tabus lösen sich auf, zum Beispiel das der Diskussion über die mißbräuchliche Nutzung der Psychiatrie. Wie sollen wir diese Wandlungen einordnen?

Versuchen wir diese Einordnung müßte uns auffallen, daß unsere eigenen Denk- und Betrachtungsweisen, unsere Wahrnehmung und unsere Wertungen genauso „In Frage“ gestellt werden, wie die bisherige Wirklichkeit in der Sowjetunion. Manche Experten verfahren - oder verfahren noch vor kurzem - nach Palmströms Art messerscharf zu schließen: es kann nicht sein, was nicht sein darf. Und folglich wurde die „eigentliche“ Wandlung, die „wirkliche“ Änderung abgestritten.

Für manche ist die „eigentliche“ Änderung erst erreicht, wenn die Sowjetunion ein westlich-pluralistisches Land geworden ist mit Mehrparteiensystem, Privateigentum an Produktionsmitteln, an Presse und Fernsehen, also ertragsmotivierter Publizistik und Politik. Jeder, der so denkt - sei es eingestanden oder ihm selbst nicht bewußt - sieht die Veränderungen in der Sowjetunion unter einem bestimmten Erwartungs- und Wertungshorizont. Vieles erscheint ihm nicht „substantiell“ genug, um bereits zu einem positiven Urteil zu kommen. Es könnte ihn auch stören, seine bisherigen Urteile in Frage gestellt zu sehen - und damit gegebenenfalls auch die bisher eifrig verkündeten Grundsätze seiner Politik gegenüber dem Riesenreich im Osten.

Kurzum: die jeweilige Wahrnehmung der Veränderung in der Sowjetunion folgt Wertungen und Interessen des Wahrnehmenden. Das „Wahrgenommene“ kommt nicht mit seinen eigenen Interessen und Wertungen beim Betrachter an, es sei denn er erkennt seine Schranken und Sperrn und bemüht sich um die Kenntnis, was seine „Brille“ möglicherweise an Verzerrungen ins Bild bringt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veränderungsbewegung
an der Universität Bonn
Rudolf Schwinn



Mancher, der von seinen bisherigen Palmström-Analysen lebt, ist auch an der Wahrung des Rufes der Qualität seiner Brille mehr interessiert, als an der Exaktheit des Bildes, das durch sie wahrgenommen wird.

Diese grundsätzliche Warnung vor allen Sowjetunion-Experten und Kreml-Astrologen möchte darauf aufmerksam machen, daß die im Osten propagierten neuen Denkweisen möglicherweise auch hier eine Entsprechung finden müssen. Meldungen aus Moskau und seinen vielen unterschiedlichen Provinzen in den bisherigen Schubkästen einzuordnen, könnte auch völlig falsch geworden sein.

Wie wäre es, wenn man die jetzt ablaufenden Vorgänge einmal in funktionale Betrachtungen einordnen würde, mit der Vorgabe, daß ohne organisatorische Wandlungen die Sowjetunion ihre technische Neuausstattung des Produktionsapparates für Güter und Dienstleistungen nicht bewältigen wird, und daß dies ebenfalls für die Bewältigung der inzwischen mit schmerzlichen Kosten verbundenen ökologischen Schadenswirkungen der bisherigen Wirtschaftsweise gilt?

Technische und organisatorische Neuerungen aber setzen Experimente voraus - und das bedeutet allemal: Mut zum Risiko; denn bei Experimenten kann man Fehler machen. Dann möchte man vor Strafen geschützt sein! Konsequenz: Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit oder „sozialistische Gesetzlichkeit“ müssen die Experimentierenden vor Willkür und Machtmißbrauch schützen. Gibt es solchen Schutz nicht, lebt man beim Fahren in den alten Geleisen sicherer und bleibt dabei. Das Bemühen um Rechtsstaatlichkeit in der Sowjetunion ist das Bemühen um eine notwendige, obwohl nicht hinreichende Bedingung für „Reformen“.

Wer aber garantiert die Rechtsstaatlichkeit, schützt vor Machtmißbrauch durch übergeordnete Stellen? Die unabhängige und kritikfreudige, Tabus brechende Presse, unterstützt von Rundfunk und vorangetrieben durchs Fernsehen. Glasnost, Öffentlichkeit, Durchsichtigkeit der Machtapparate und ihres Handelns sind eine zweite notwendige, aber auch nicht hinreichende Bedingung für den Neuerungsverfahren.

Gibt es in diesem riesigen Bereich solche Massenmedien? Ja, aber nicht genug und nicht überall. Es gibt noch die Macht der Machthaber auch über die Publikationsorgane am Ort - und Moskau ist von den meisten Orten der Sowjetunion weit entfernt. Also braucht es „Demokratisierung“ als Instrument der Machtverlagerung und Machtverteilung. Niemand soll eine kritische Öffentlichkeit durch eigene Medienmacht verhindern können.

Auch Demokratisierung ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für eine „zweite Phase der Revolution“.

Der Neuerungsprozeß wird auch als „Perestroika“ mit dem Ziel der Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung bezeichnet. Und die Sowjetbürger stehen da, wie Bürger in einer Zuschauerdemokratie und fragen sich: Was haben wir davon, wenn wir mitmachen? Was wird, wenn es mal wieder anders wird? Wo ist die Garantie, daß es so weitergeht?

Die Fragen sind angesichts der erlebten Geschichte berechtigt. Die Antwort ist übrigens nicht in Verfassungssätzen zu finden. Die juristischen Formulierungen sind allemal gut - das Problem ist, die Kluft zwischen Wort und Tat bislang gewesen.

Nun wissen wir aus der Geschichte der Weimarer Demokratie: die Garantie für die Einhaltung der demokratischen Verfassung ist nicht der Staatsapparat, auch nicht seine Gerichte. Garant kann nur der demokratische Geist der Bürger sein. Nur Demokraten garantieren die Demokratie und nicht die Institutionen.



Solange die Sowjetbürger abwarten, was wird, garantieren sie sich selbst nicht das Andauern der erwünschten Veränderungen. Und schlimmer noch: für die Übergangszeit sind sogar Probleme und Verschlechterungen angesagt. Lohnt also das „Garantieren“ durch Mitmachen?

Ohne Überzeugen der Bürger geht es nicht. Und auch diese notwendige Bedingung versucht der neue Kurs in der Sowjetunion zu erfüllen: Das Aufarbeiten der eigenen Geschichte mit allen begangenen Fehlern und Verändern der Urteile und Bewertungen wird in Gang gesetzt. Wie wir Deutschen aus unserer „Bewältigung der Vergangenheit“ wissen, ein sehr schmerzlicher Vorgang, so schmerzlich, daß auch heute noch Historiker ihn gerne schnell für abgeschlossen erklären möchten. Die sowjetische Bevölkerung wird ihre „Zuschauerrolle“ erst aufgeben, sich selbst erst zu Garanten der „Perestroika“ machen, wenn die dazu Aufrufenden sie von der Gefahrlosigkeit überzeugen. Das aber geht nur durch Aufdeckung der „Wahrheit“, durch Selbstkritik bisheriger Herrschaft.

Die Vorgänge in der Sowjetunion lassen sich nicht glaubhaft dadurch erklären, daß nun der Marxismus-Leninismus einer neuen Wertlehre folge oder die Parteileitung neue Tugenden habe. Herkunft und Lernvorgang für Wertlehre und Tugenden blieben rätselhaft. Erklärlich ist eher, daß angesichts anhaltender Erstarrung des intellektuellen und wirtschaftlichen Lebens die Einsicht heraufdämmerte: Eine Weltmachtrolle kann nur eine Sowjetunion spielen, die das rasante Tempo technischer Neuerungen im kapitalistischen Westen mitvollzieht. Und die sich den neuen Herausforderungen weltweiter Bedrohung von Natur und Umwelt stellt.

Daß eine unglaublich aufgefächerte, kompliziert und komplex gewordene Welt sich nicht mehr mit Weisung von oben und Zentralinstanzen zur Detailbestimmung führen läßt, wurde damit ebenso klar, wie die Unvermeidlichkeit geistiger Lebendigkeit.

Die Reformpolitik Gorbatschows erscheint darum schlicht logisch, auch dann, wenn man ihr keinen „Meisterplan“, der sozialwissenschaftlich untermauert wäre, nachsagen kann.

Aber schon vor Jahren gab es ein Nachdenken in der Sowjetunion darüber, ob die schematische Benutzung von Formeln, das routinierte Wiederholen von Schablonen der Theorietradition noch taugliche Instrumente zur Analyse des kapitalistischen Umfeldes und dessen veränderter Wirklichkeit sind. Seit Jahren hat die Literatur der Sowjetunion - und wie wir nun merken, auch die Filmkunst, sich in Form und Inhalt gewandelt. Das neue Denken hatte seine Wegbereiter, in vielen Feldern. Nur: Wir haben sie nicht wahrgenommen, weil auch bei uns trotz allen Pluralismus und aller Differenziertheit Denkmuster und Wortschablonen zur Auseinandersetzung tauglich zu sein schienen.

Wenn wir zuhören, wie Peter über Paul erzählt, erfahren wir etwas von Paul - aber auch von Peter. Aber wenn wir die Sowjetunion betrachten - erfahren wir dann etwas darüber, wie wir sie betrachten „wollen“? Das zu ahnen, wäre aber mindestens sinnvoll - manchmal nämlich hat eine Bildstörung ihre Ursache in der Brille, auf die man nicht verzichten möchte. (-/24.11.1987/vo-he/rs)

* * *



Kein Beitrag zur Lösung der Probleme

Eine Nachbetrachtung zur Afrikareise des Bundeskanzlers

Von Hans-Günther Toetmeyer MdB
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Afrika

Der Besuch des Bundeskanzlers in den drei afrikanischen Staaten Kamerun, Mosambik und Kenia könnte den Eindruck erwecken, als fände dieser Kontinent - insbesondere die südlich der Sahara liegenden afrikanischen Staaten - endlich die ihnen gebührende Aufmerksamkeit in der Außen- und Entwicklungspolitik. Nicht nur der Besuch in Kamerun hat unter anderem die Aufmerksamkeit unserer französischen Freunde gefunden, die mit ihrer Kritik nicht hinter dem Berg halten. So fragte „Le Monde“ nicht zu unrecht: „Entdecken die Westdeutschen, 70 Jahre nach Aufteilung des Kolonialreichs von Wilhelm II. unter den Siegern des 1. Weltkrieges, Afrika neu?“ Wenn sie es denn wirklich täten! Die Fakten sprechen leider eine andere Sprache. So ist nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Soll-Ist-Vergleich über Entwicklungshilfe an Staaten südlich der Sahara für das Jahr 1986 ein Rückgang von acht Prozent in der finanziellen Zusammenarbeit und von über zwei Prozent in der technischen Zusammenarbeit zu verzeichnen.

Die in Kamerun vom Kanzler zum Ausdruck gebrachte bedingungslose Unterstützung der Politik des Internationalen Währungsfonds kann die Schuldenprobleme dieses Landes nicht lösen. Eine Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich kurz vor dem Kanzlerbesuch davon überzeugen können, daß die Regierung Kameruns in einem auch von ihr als wichtig anerkannten landwirtschaftlichen Projekt im Norden des Landes finanziell nicht in der Lage ist, die von ihr zu erbringenden finanziellen Anteile zu leisten. Was soll denn nun hier geschehen? Wird das Projekt wegen Zahlungsunfähigkeit Kameruns eingestellt? Hierzu wäre eine klare Aussage des Kanzlers erwünscht gewesen.

Es reicht nicht, in Mosambik auf die Apartheid in Südafrika als Ursache der Spannungen hinzuweisen. Wo blieb das klare Wort zur beweisbaren finanziellen Unterstützung der Renamo durch die Südafrikaner? Wo blieb der Hinweis auf die bewußte wirtschaftliche Destabilisierungspolitik Südafrikas diesem Lande gegenüber - zum Beispiel durch Ausbau der Richards Bay, um den Hafen von Maputo damit entscheidend zu schädigen? Es reicht nicht, wieder einmal mehr Nothilfe und Entwicklungshilfe zuzusagen. Nur wer Druck auf Südafrika ausübt, seine scheinheilige Politik - Komati-Vertrag einerseits, Destabilisierungspolitik andererseits - gegenüber Mosambik aufzugeben, hilft diesem leidenden Land wirklich. Wer die Abschiedszeremonie auf dem Flughafen Maputos gesehen hat, diese fast flehende Geste des Staatspräsidenten, um wirkliche Hilfe, der muß befürchten, daß hier Hoffnungen schmachvoll enttäuscht werden.

Auch das vom Kanzler genossene Bad in der Menge beim Empfang des deutschen Botschafters in Kenias Hauptstadt Nairobi, führte nebenbei zu einer nicht unerheblichen Verspätung bei einem vom kenianischen Präsidenten Moi gegebenen Empfang; ein nicht gerade besonders höfliches Zeichen. Kohls Vereinbarung „enger persönlicher Kontakte“ wird den Problemen dieses Landes nicht gerecht. Die Mitteilung des Sprechers der Bundesregierung in Nairobi „bis auf die Frage der Sanktionen gegenüber Südafrika habe man Einvernehmen erzielt“, offenbart den entscheidenden Punkt. Auch Kenia ist ein Opfer der Destabilisierungspolitik Südafrikas, deswegen gilt hier das gleiche wie bei Mosambik: Druck auf Südafrika und gleichzeitig größere und fühlbarere wirtschaftliche Unterstützung der von Südafrika abhängig gehaltenen Staaten, damit sie endlich in freier Selbstbestimmung eine den Interessen ihres Landes dienende Politik durchführen können.

Franz-Josef Strauß wird Kohl nach Mosambik folgen. Hier ist nur das Schlimmste vom erklärten Freund P.W. Bothas zu erwarten. Mit besonderem Interesse sieht daher die SPD-Bundestagsfraktion dem angekündigten Besuch des Bundespräsidenten Anfang nächsten Jahres in Nigeria und Zimbabwe entgegen. Sie ist zuversichtlich, daß der Bundespräsident - wie bei seiner denkwürdigen Rede am 8. Mai 1985 - die Dinge beim Namen nennen wird. Dies ist es, was dem südlichen Afrika zu allererst nützt.

(-/24.11.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Walter Momper: Berliner SPD wieder kampagnefähig

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Walter Momper, hat am Mittwoch in Berlin auf einer Pressekonferenz eine Zwischenbilanz nach einem Jahr Amtszeit gezogen. Wir dokumentieren seine Ausführungen im Wortlaut.

Als ich vor einem Jahr gewählt wurde, habe ich für die SPD vier zentrale Ziele genannt:

- a) die Wiederherstellung der vollen Kampagnefähigkeit, daß wir aufhören mit der Nabelschau und massive Überzeugungsarbeit beim Bürger leisten,
- b) eine große gemeinsame Anstrengung zur Gesundung unserer Parteifinzen,
- c) die Erarbeitung politischer Perspektiven auf den wichtigsten gesellschaftspolitischen Feldern und
- d) die Herstellung eines einheitlichen Führungswillens in den Vorständen der Partei; kollektive Führungsarbeit.

Wir sind in allen diesen Bereichen vorangekommen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße. Der heutige Zustand der Partei ist ein Grund, mit der zurückliegenden Arbeit zufrieden zu sein, aber überhaupt kein Grund, sich zurückzulehnen.

- a) Was die Kampagnefähigkeit betrifft, so haben wir hier Herausragendes geleistet. Wir haben ein großes Potential von Mitgliedern mobilisiert, das in der Basis unserer Partei vorhanden war. Die Mieterabstimmung im Mai war die größte Parteiaktion in den letzten zehn Jahren. Sie hat unser Profil als die Partei der sozialen Gerechtigkeit nachhaltig gestärkt. In der Umweltkampagne setzen wir ebenso auf Bürgernähe, wie zum Beispiel mit der laufenden Telefonbefragung. Darüber hinaus wird nach dem Motto „Laßt viele Blumen blühen“ eine große Vielfalt an kreativen Aktionen in den einzelnen Bezirken freigesetzt. Wir können damit unsere Politik des ökologischen Weges in der modernen Industriemetropole verdeutlichen.

Die nächste Kampagne wird sich mit der Situation der Frauen in Berlin beschäftigen und noch vor Weihnachten gestartet werden. Die Zeit der Nabelschau ist vorbei, wir gehen wieder ran an die Bürger, gehen in den Dialog mit ihnen. Wir haben jetzt ein starkes außerparlamentarisches Standbein. Es war das aktivste Jahr, das die SPD außerhalb von Wahlkampfzeiten hatte. Die SPD ist heute die Partei, die am intensivsten das Gespräch mit den Bürgern führt.

- b) Sorgen bereitet nach wie vor die Finanzlage der Partei. Wir haben ein Sanierungskonzept beschlossen, das vor allem durch einen Einstellungsstopp versucht, die zu hohen Ausgaben zu mindern. Durch das gleichzeitige Ausweiten der Aktivitäten sind die Mitarbeiter ständig einer außerordentlich hohen Belastung ausgesetzt. Obwohl wir große Anstrengungen unternommen haben, lassen die Beitragsehrlichkeit, die Zahlungsmoral und vor allem die Teilnahme am bargeldlosen Beitragseinzug in manchen Kreisen und Abteilungen noch zu wünschen übrig. Da wir kaum noch Spenden von außen erhalten, müssen alle Mitglieder und Funktionäre wissen, daß sie noch mehr dafür tun und auch geben müssen, daß wir finanziell wieder gesunden. klar ist schon heute, daß wir im kommenden Wahlkampf nur auf Sparflamme kochen können.
- c) Inhaltlich haben wir in den wichtigsten Politikfeldern klar Positionen entwickelt und - was ebenso wichtig ist - diese den Menschen auch bekanntgemacht. In der Wirtschaftspolitik sind wir die einzige Partei, die über ein beschäftigungswirksames Zukunftsprogramm verfügt, ich



meine das Programm „Arbeit und Umwelt“. Was der Senat den 89.000 Arbeitslosen zu bieten hat, ist dagegen seit Jahren nichts als heiße Luft. In der Umwelt- und Verkehrspolitik haben wir mit unseren BVG-Vorschlägen, unserem Programm zur künftigen Verkehrspolitik und unseren Anregungen für Recycling und Energieeinsparung Maßstäbe gesetzt. Unsere soziale Mietenpolitik ist in der Stadt ebenso bekannt wie unsere größere Kompetenz in den deutschland- und berlinpolitischen Fragen. Und angesichts der zunehmenden Auseinandersetzung um Gewalt in unserer Gesellschaft waren und sind wir die einzigen, die bei der Gratwanderung zwischen Gewaltmonopol des Staates, Verhältnismäßigkeit, Liberalität und Bekämpfung der sozialen Ursachen nicht abgestürzt sind, nicht wie die CDU und die FDP zur einen und nicht wie die AL zur anderen Seite. Mehr Kompetenz und mehr Profil müssen wir vor allem im Bereich der Kulturpolitik und in der Frauenpolitik erwerben. Es gibt heute innerhalb der SPD weniger inhaltliche Differenzen denn je. Die Unterschiede zwischen links und rechts in der SPD sind weit unbedeutender als die zwischen Realos und Fundis bei der AL, als die zwischen Oxfort und Pawlowski bei der FDP oder als die zwischen Scholz und Diepgen bei der CDU.

- d) Noch nicht zufrieden bin ich mit dem, was ich bei meiner Wahl den „einheitlichen Führungswillen“ genannt habe. Die Mitglieder des Landesvorstandes fühlen sich nach wie vor zu sehr als Aufsichtsrat der Partei, der die Handlungen anderer beurteilt. Nur ein Landesvorstand, der die eigene Partei auch führen will, ist in der Lage, auch ein Land zu regieren.

Die Partei stellt sich nach außen hin endlich wieder so dar, wie man sie sich wünscht. Uns ist es gelungen, dem Senat in wichtigen Feldern die Tagesordnung zu diktieren, so bei den Mieten, bei der BVG, in der FNP-Debatte. Die AL führt nur noch ein Schattendasein. Sie wird sich durch ihre innere Spaltung noch weiter lähmen. Die FDP hat ihren eigenständigen Beitrag in der Koalition nicht aufzeigen können und ist als eigenständige politische Kraft praktisch von der Bildfläche verschwunden. Sie hat die schwächsten Sensoren im Senat. Der massive Druck unserer Politik hat dazu beigetragen, die Kluft innerhalb der CDU zwischen Reformern und Lummer-Anhängern zu vergrößern und hat auch zu Spannungen zwischen den Koalitionsparteien geführt. Der Senat hat diese Lage nur dadurch überspielen können, daß er dem Regierenden Bürgermeister praktisch sämtliche politische Vollmacht gegeben hat. Alles hängt zunehmend an dem seidenen Faden Eberhard Diepgen. Diepgen hat politische Fachfragen, wie die Mieten, den Mietspiegel, die BVG und den FNP zur Chefsache erklären müssen, um Brüche zu vermeiden. Er hat dabei Sensoren wie Wittwer, Wronski und Starnick desavouieren müssen. Unter dem Strich wird den Berlinern immer deutlicher, daß dieser Senat seine wesentlichen Versprechungen, mit denen er angetreten ist, nicht einhalten kann. Der Anspruch auf politisch-moralische Erneuerung blieb im Korruptionssumpf und im schwarzen Filz stecken. Der Anspruch, die Staatsfinanzen zu sanieren, ist mit den Steuerkürzungen aus Bonn endgültig Makulatur. Und das Versprechen, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen zerplatzt mit jeder Betriebschließung und jeder neuen Arbeitslosenstatistik. Diese Stadtregierung ist immer mehr auf eine gute PR-Arbeit und auf die Personalisierung mit Eberhard Diepgen angewiesen. Das ist eine brüchige Grundlage.

Wenn morgen Wahlen wären, würde die SPD nach meiner Einschätzung massiv Prozente bei der AL gewinnen und außerdem in den Kreis der mittlerweile enttäuschten linken CDU- und FDP-Wähler einbrechen. Außerdem würde es wahrscheinlich eine höhere Mobilisierung der sozialdemokratischen Stammwählerschaft und auch ein Abbröckeln am rechten Rand der CDU geben. Unter diesen Umständen kann es aus heutiger Sicht durchaus gelingen, bei den Wahlen 1989 die absolute Mehrheit von CDU und FDP zu brechen.

(-/24.11.1987/vo-he/rs)

* * *

